

Grenznahe Räume

Arbeit und Leben
Bundesarbeitskreis
KJP-Fachgruppe „Global denken,
lokal handeln, Verantwortung
entwickeln“

Reflexionen, Konzepte
und Formate in der
politischen Jugendbildung

**Arbeit und
Leben**



Inhalt

Vorwort

Grenznahe Räume in der politischen Jugendbildung..... 1

Theoretische Einordnung

„Zentrum“ und „Peripherie“ als Bezugspunkte für Bildungsarbeit –
Erträge der historischen Regionalanalyse 4

Beobachtung und Diskussion

Digitale politische Bildung – Chancen und Herausforderungen
(nicht nur) im ländlichen Raum..... 9

Praxisbeispiele

Antidiskriminierung – Gehen oder Bleiben 12

Grenzüberschreitende Erinnerungsarbeit 21

Erfahrungsbericht

Grenzen während der Covid-19-Pandemie und Auswirkungen auf
die Bildungsarbeit in der westlichen Grenzregion Deutschlands..... 28

Interview

Unterstützung von ausländischen Beschäftigten im deutsch-
polnischen Grenzgebiet in Mecklenburg-Vorpommern 31

Autor*innenverzeichnis



Vorwort

Grenznahe Räume in der politischen Jugendbildung

Björn Kluger

Als grenznahe Räume werden meist periphere Gebiete an Staatsgrenzen bezeichnet, die im Vergleich zu den städtisch geprägten Ballungszentren infrastrukturell weniger gut erschlossen und entwickelt sind. Diese Regionen sind zwar oftmals touristisch reizvoll, verfügen aber über eine geringe Bevölkerungsdichte, weniger Arbeitsplätze oder kulturelle Angebote und sind von Abwanderungen geprägt.

Seit der Industrialisierung galt innerstaatlich eine „(kleine) Theorie der internen Peripherie“ (Pfüller) als prägend, die in der jüngeren Vergangenheit durch Zusammenarbeit und wechselseitige Beeinflussung benachbarter Peripherien / Regionen zunehmend aufgebrochen wurde (u. a. am Beispiel Vorpommern / Stettin, dem Dreiländereck Polen / Tschechien / Deutschland und in der Saar-Region). Ein gemeinsamer Arbeitsmarkt, grenzüberschreitende Ausbildung sowie bilaterale und europäische Beziehungen ermöglichen grenzüberschreitendes Wirken.

Zugeschriebene oder artikulierte Identitäten, die jeweilige geschichtliche Entwicklung sowie europäische und regionale Impulse beeinflussen dabei, ob tradierte Vorstellungen, Klischees und Diskriminierungsphänomene weiterhin existieren und welchen Einfluss diese auf das Zusammenleben der Menschen haben können.

Neben nationalstaatlichen Tendenzen in Europa kommt es auch vor dem aktuellen Hintergrund der Covid-19-Pandemie zu neuen Grenzziehungen zwischen Staaten, Regionen und Bundesländern. Dies kann – wie im Fall der einseitigen Grenzschießung im März 2020 zu Frankreich – alte Klischees, Ressentiments und Vorbehalte aufleben lassen. Gleichzeitig gibt es eine Vielzahl struktureller Verbindungen zwischen den Regionen, beispielsweise in Vorpommern, wo es aktuell einen immer größer werdenden polnischen Bevölkerungsanteil gibt, der dort lebt oder dorthin pendelt. Kinder und Jugendliche gehen zum Teil in bilinguale Schulen, grenzüberschreitende kulturelle und wirtschaftliche Projekte haben das gemeinsame Miteinander in der Region trotz vorhandener Vorurteile in Teilen der deutschen Bevölkerung unterstützt. Vereine haben Mitglieder aus beiden Ländern, polnische Unternehmer*innen stärken die regionale Wirtschaft.

Für junge Menschen existieren ähnliche Chancen und Herausforderungen, wenn sie in Grenzregionen leben: „Wie komme ich zur Schule?“,

„Was ist mit der Ausbildung – bleibe ich hier oder gehe ich weg?“, „Was kann ich in der Freizeit machen und was macht mein Leben hier attraktiv?“. Die Möglichkeiten der Partizipation werden dabei von strukturellen, sozialen und finanziellen Ressourcen bestimmt.

In der politischen Jugendbildung reflektieren wir diese Lebensumstände. Durch die aktuellen pandemiebedingten Einschränkungen werden viele Fragen von Abgrenzung, Vereinzelung und Abgehängtsein aufgeworfen und Diskriminierung sowie Ungleichheiten werden verstärkt wahrnehmbar. Dies spiegelt einerseits die gegenwärtige gesellschaftliche Praxis mit ihren politischen Verwerfungen wider, andererseits wird an vielen Stellen solidarisches und verantwortungsbewusstes Handeln in der Gesellschaft sichtbar.

Die Jugendbildungsreferent*innen der Landesorganisationen von Arbeit und Leben haben ausgehend von ihren unterschiedlichen Erfahrungen und Blickwinkeln im vergangenen Jahr Vergleichbarkeiten und Unterschiede sowie Herausforderungen und Chancen in den Regionen diskutiert. Initiiert wurde der Austausch von der Fachgruppe „Global denken, lokal handeln, Verantwortung entwickeln“ im Rahmen der außerschulischen politischen Jugendbildung, die durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) gefördert wird. Insbesondere beschäftigte sich die Fachgruppe in den letz-

ten beiden Jahren intensiv mit Diskriminierungsphänomenen und Solidaritätserfahrungen in grenznahen Regionen im Rahmen des KJP-Schwerpunktthemas „Für Soziale Gerechtigkeit, gegen Ausgrenzung und Rassismus“.

Die vorliegende Broschüre fasst verschiedene Erfahrungen, theoretische Überlegungen und Praxisbeispiele zusammen, die als Grundlage für die Entwicklung von Konzepten der politischen Jugendbildung dienen können.

Zunächst werden die Phänomene „Zentrum“ und „Peripherie“ in ihrer (geschichtlichen) Bedeutung und anhaltenden Relevanz vorgestellt (Kapitel 1). Der anschließenden Beobachtung und Diskussion von Herausforderungen und Chancen digitaler Bildungsformate (Kapitel 2) folgen zwei Praxisbeispiele von Bildungsangeboten in und zu grenznahen Räumen – eine digital / analoge Schreibwerkstatt (Kapitel 3) sowie eine Grenzwanderung zum antifaschistischen Widerstand (Kapitel 4). Nach einem kurzen Erfahrungsbericht über die Auswirkungen der Grenzsicherungen zu Frankreich und Belgien (Kapitel 5) werden in einem abschließenden Interview mit der Beratungsstelle CORRECT! grenzüberschreitende Aspekte wie Wohnen und die Arbeit von Berufspendler*innen beleuchtet.

Grenznahe Gebiete bieten als Erfahrungs- und Reflexionsräume vielfältige Themen für die politische Jugendbildung. Die vorliegende Broschüre möchte vor diesem Hintergrund politische Bildner*innen für spezifische Bildungsinhalte sensibilisieren, die in Seminaren und Workshops sowie in internationalen Begegnungen eine Rolle spielen können. Wir wünschen eine anregende Lektüre und freuen uns auf Rückmeldungen und Erfahrungen.

Björn Kluger für die Fachgruppe „Global denken, lokal handeln, Verantwortung entwickeln“

Mitglieder der KJP-Fachgruppe:

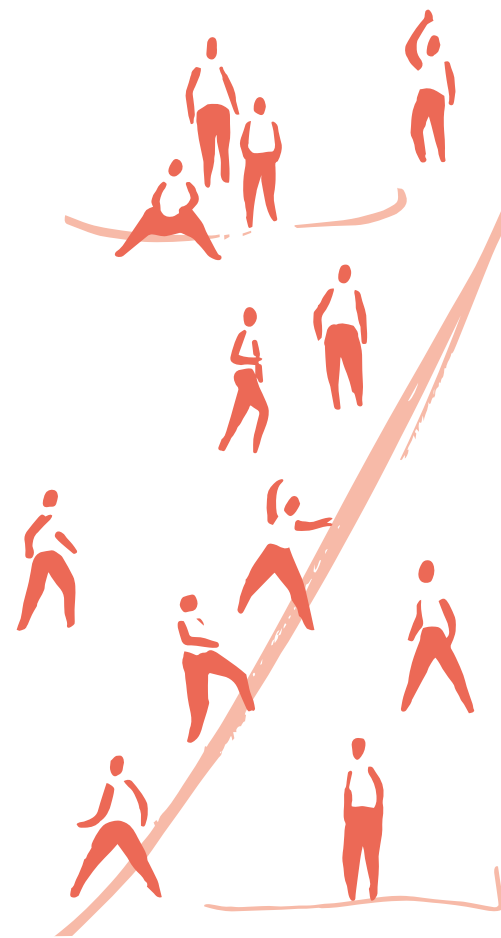
Björn Kluger (Arbeit und Leben Mecklenburg-Vorpommern)

Christoph Feick (Arbeit und Leben Rheinland-Pfalz)

Inga Steengrafe (Arbeit und Leben Brandenburg)

Gesa Lonnemann und **Karsten Meier** (Arbeit und Leben Niedersachsen)

Konstantin Dittrich (Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben)



Theoretische Einordnung

„Zentrum“ und „Peripherie“ als Bezugspunkte für Bildungsarbeit – Erträge der historischen Regionalanalyse

Matthias Pfüller

In der Bildungsarbeit und Bildungspolitik werden heute sehr zu Recht die Herkunftsmilieus diskutiert, aus dem die Kinder stammen, und die Frage wird gestellt, ob die Chance eines Aufstiegs heute viel geringer sei als vor etwa 50 Jahren. Hinter dieser sehr gerechtfertigten Diskussion um Gleichheit bzw. Ungleichheit bei Chancen, Einkommen und Vermögen liegt aber ein anderes Problemfeld, das nur selten wahrgenommen wird: Die Aufteilung Deutschlands in Regionen und die Frage, welche davon eher „zentral“ und welche eher „peripher“ gelegen sind. Das ist ein wenig verwunderlich, weil diese Frage ähnlich relevant für die soziale Gleichheit oder ökonomische Ungleichheit ist wie die nach der Herkunft aus einem bestimmten Milieu.



Geschichte

Regionen unterschiedlichen Reichtums gab es in Deutschland wie überall schon immer. Die Frage, welche Qualität der Boden für die landwirtschaftliche Produktion hatte, war ebenso entscheidend wie die nach Bodenschätzen oder die Frage nach einer günstigen Lage für den Nah- und Fernverkehr (wie z. B. an einem günstigen Flussübergang oder an einer günstigen Stelle für einen Hafen). In der Zeit vor der Industrialisierung ergaben sich Zentren an solchen günstig gelegenen Punkten; dort wurden im Lauf der Zeit nicht nur Messen für den Handel abgehalten, sondern auch Bildungseinrichtungen eingerichtet und Regierungssitze hin verlegt; dazu kam fallweise eine Mitgliedschaft in Handelsorganisationen wie der Hanse. Diese Regionaleinteilung erwies sich in Deutschland als stabil über eine lange Zeit hin, weil es nicht (wie in England oder Frankreich) zur Herausbildung eines entscheidenden Zentrums kam, sondern über Jahrhunderte bei Kleinstaaterei blieb.

Diese Situation änderte sich im 19. Jahrhundert mit der rasch vorschreitenden Industrialisierung so nachhaltig, dass sie in ihrem Ergebnis fast bis heute als maßgeblich angesehen werden kann. Die entscheidenden neuen Rohstoffe wie Kohle und Eisen sowie die neu gebauten Eisenbahnlinien hatten einen maßgeblichen Einfluss auf die Herausbildung neuer Zentren; das wurde durch politische

Entwicklungen unterstrichen – ein sehr deutliches Beispiel dafür ist Berlin. Es wurde spät zur Hauptstadt Preußens – und Preußen wurde spät zum entscheidenden Staat auf deutschem Gebiet im 19. Jahrhundert. Dort konzentrierte sich dann folgerichtig in sehr kurzer Zeit auch sehr viel: Die Stadt wurde nicht nur Sitz der Zentralregierung, sondern auch zu einer explosiv wachsenden Industriestadt; die Universität wuchs ebenso wie die Bedeutung als Sitz von Banken usw. usf.

Die Kehrseite dieser Entwicklung war die Herausbildung einer neuen Peripherie. Sie war bald politisch von den Zentren abhängig und erfüllte Funktionen für sie, ohne daraus für sich eine an sich gerechtfertigte Bedeutung ableiten zu können. Bedingt dadurch war die Peripherie von Abwanderungen betroffen und wurde langfristig „ausgezehrt“ durch diese innerstaatliche Variante eines ökonomischen und politischen „ungleichen Tausches“ (wie er sonst aus den Beziehungen zwischen Kolonien und den sog. „Mutterländern“ bekannt ist).

Gegenwart

Seit dem vollendeten Durchbruch der Industrialisierung zeichnen sich einige Funktionen für die Peripherie ab, die bis heute gültig sind. Es kann zwar zu technologisch bedingten Schwerpunktverlagerungen

kommen (so waren beispielsweise Baden-Württemberg und Bayern vor 1945 bei weitem nicht solche ökonomischen „Schwergewichte“ wie heute, und umgekehrt hat das Ruhrgebiet seine dominante Stellung verloren) – aber auch innerhalb der Bundesländer blieb die Ungleichheit weitgehend erhalten (so sind der Bayerische Wald oder die Schwäbische Alb bis heute keine zentrale Region geworden). Das liegt daran, dass die Funktionen der Peripherie weitgehend so erhalten geblieben sind, wie sie sich in der Industrialisierung herausgebildet haben:

Reserveregionen für Menschen, natürliche Rohstoffe und Bodenschätze

Die Peripherie liefert bis heute gut ausgebildete junge Leute an die Zentren – die Migrationsbewegung erfasst nicht nur die Menschen mit guter Schulbildung (Abitur), sondern auch die mit guter beruflicher Ausbildung. Die überwiegende Mehrzahl dieser Menschen kehrt nach beendeter Ausbildung jedoch nicht zurück.

Die Peripherie liefert Lebensmittel und knappe natürliche Rohstoffe an die Zentren, wie z. B. Wasser. Dafür gibt es keinen angemessenen Ausgleich, obwohl die Zentren komplett von diesen Lieferungen abhängig sind. Heute schließt das die Lieferung von Energie ein.

Reserveregionen für „die Ware Arbeitskraft“

Schon bald nach Beginn der Industrialisierung wurde klar, dass die Arbeits- und Wohnsituation in den rasch anwachsenden Industriestädten speziell für die Arbeiter*innen und ihre Kinder z. T. extrem ungünstig waren. Nach und nach entwickelten sich bestimmte Gegenden in der Peripherie zu Naherholungsgebieten – erst wurden Kinder hingeschickt, dann folgten später auch Erwachsene, als die Industrie bereit war, Urlaubszeiten zuzugestehen.

Dieser anwachsende Binnentourismus wurde durch den schon immer gegebenen, aber zahlenmäßig nicht so bedeutenden „alten“ Tourismus ergänzt: Neben den berühmten alten Städten wurden nun einige Gebiete der Peripherie – beginnend etwa mit der Mitte



des 19. Jahrhunderts – zu Tourismusregionen, in denen sich ein neuer Erwerbszweig herausbildete; ein erster Höhepunkt war schon vor dem Ersten Weltkrieg erreicht.

Reserveregionen für Entsorgung

Die neuen Zentren produzierten und produzieren in großem Maß Abwässer und Müll. Beides kann nicht in den Zentren selbst vollständig entsorgt werden. Daher werden Gebiete der Peripherie zur Entlastung herangezogen. Auch dafür erfolgt meist kaum eine Entschädigung oder ein sonstiger Ausgleich.

Reserveregionen für Militär

Wenn eine Region für die Ansiedlung von Industrie oder für die weitere landwirtschaftliche Ansiedlung bzw. für sonstigen Siedlungsbau ungeeignet erschien, wurde sie im Sinn einer zentralen Raumplanung für militärische Standorte vorgesehen – also sowohl für Kasernenbauten wie auch für Manöver- und Übungsflächen usw. (Beispiele dafür in der ehem. DDR: Wittstocker Heide, Eggesin, Lübtheen / Südwestmecklenburg; im Westen: Lüneburger Heide; Grafenwöhr in Nordbayern). Einziger Ausgleich: Falls nicht vorhanden, wurden diese Gebiete durch Gleisanlagen erschlossen; außerdem gab es in gewissem Ausmaß auch zivile Arbeitsplätze.

Reserveregionen für geschlossene Anlagen

Wenig berücksichtigt wird auch, dass in der Peripherie häufig sowohl Gefängnisse wie auch geschlossene Anstalten der Psychiatrie eingerichtet wurden. Ein zwar nur zeitweiser, aber besonders „schwarzer“ Punkt ist die Einrichtung von Lagern der verschiedensten Art, wie z. B. Gefangenenlager (bereits im Gefolge des Ersten Weltkrieges), Arbeitsdienst- und Straflager sowie insbesondere Konzentrationslager (von denen allerdings einige auch zur Abschreckung in geeigneten, d. h. ungünstigen Randlagen von Großstädten eingerichtet wurden, wie z. B. Dachau bei München oder Neuengamme am südöstlichen Stadtrand von Hamburg).

Zusammenfassende Bewertung

Bemerkenswert ist, dass die Zuordnung zur Peripherie seit ihrem Auftreten spätestens gegen Ende des 19. Jahrhunderts in der Regel erhalten blieb – abgesehen vielleicht vom Wachstum großer Städte ins Umland im Gefolge der Industrialisierung und Entwicklung zur Großstadt. Die meisten neueren Erschließungsversuche (wie z. B. über Autobahnverbindungen oder Kanalbauten) haben diese Lage kaum verändern können.

In den betroffenen Regionen hat sich gelegentlich Unmut gegenüber den Zentren aufgestaut – aber auch er blieb zumeist folgenlos,

nachdem sich herausstellte, dass auch die Ansiedlung größerer Industriekomplexe immer weniger bewirkte (wie z. B. die Ansiedlung von VW bei Emden oder Kassel). Meist krankten oder kranken diese Vorstellungen auch daran, dass man nicht den Vorteil der Zentrumsferne nutzt, sondern sie imitieren möchte. So gibt es auch kaum gut begründete, langfristige Kultur- und Tourismus-Konzepte für periphere Gebiete wie die Lausitz, geschweige denn grenzübergreifend wie im „Dreiländereck“ zwischen Polen, Tschechien und Deutschland.

Die Frage, wie der herrschende, zentral organisierte Blick auf diese Regionen umgewandelt werden könnte, wird für die Zukunft entscheidend sein – immerhin gibt es eher negative Überlegungen wie die, diese Regionen gänzlich „abzuhängen“, Dörfer aussterben und verschwinden zu lassen usw. Ein Denken in Alternativen ist dringend gefragt.

Eine solche Alternative zeichnet sich gegenwärtig für die Lausitz ab: Der absehbare Verlust des Braunkohle-Tagebaus soll durch beträchtliche Mittel sowohl in Sachsen wie auch in Brandenburg kompensiert werden, und zwar (auch) durch Struktur-Investitionen in „Zukunftsindustrien“. Abgesehen davon haben sich insbesondere in der sächsischen Lausitz grenzübergreifende Bezüge nach Nord-

böhmen und Niederschlesien hergestellt, die nicht nur auf dem kulturellen oder touristischen Gebiet lebendig sind – so arbeiten beispielsweise gegenwärtig in Görlitz ca. 3.000 polnische Beschäftigte aus dem benachbarten Zgorzelec. Ähnliche Entwicklungen lassen sich in Frankfurt / Oder sowie im vorpommerschen Raum in der Nachbarschaft von Stettin beobachten.

Zwar kann man fragen, ob die Kooperation zweier benachbarter peripherer Regionen allein schon ausreichen kann, um die strukturell gegebenen Nachteile aufzuheben. Wir wissen jedoch noch nicht, ob sich nicht vielmehr die Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft so einschneidend und nachhaltig auswirken wird, wie es die seinerzeitige kapitalistische Industrialisierung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts getan hat.

Für die außerschulische und außerbetriebliche Bildungsarbeit bedeutet das ebenso, dass man ihre Möglichkeiten neu einschätzen muss – mit starker Berücksichtigung nicht nur der neueren technologischen Entwicklung, sondern auch mit Blick auf das Bewusstsein der Bevölkerung und politische Schwierigkeiten (insbesondere die noch immer wachsenden Wahlerfolge für die AfD) sowie beispielsweise die Fragen der Zweisprachigkeit, in der sich vor allem die Deutschen schwer tun.

Für all das ist eine sorgfältige Analyse der Region und ihrer Entwicklungsmöglichkeiten eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg der Anstrengungen in der Bildungsarbeit.

Grundlagenliteratur:

Gurgesdies, Erik / Pfüller, Matthias (Hg., 1992 und öfter / 3 Auflagen): Mecklenburg-Vorpommern: Land am Rand - für immer? Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern (Eigenverlag).

Matthiesen, Helge (2000): Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur 1900 - 1990. Droste-Verlag: Düsseldorf.

Nolte, Hans-Heinrich (Hg., 1997): Europäische Innere Peripherien im 20. Jahrhundert. Franz-Steiner-Verlag: Stuttgart.

Schoon, Steffen (2016): „Politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern: Historische Belastungen, pragmatisches Handeln und norddeutsche Identität“, in: Werz, Nikolaus / Koschkar, Martin (Hg., 2016): Regionale politische Kultur in Deutschland – Fallbeispiele und vergleichende Aspekte. Springer Fachmedien: Wiesbaden.

Zang, Gerd (Hg., 1978): Provinzialisierung einer Region. Syndikat-Verlag: Frankfurt / Main.

Beobachtung und Diskussion

Digitale politische Bildung – Chancen und Herausforderungen (nicht nur) im ländlichen Raum

Inga Steengrafe

Mit Beginn der Einschränkungen im Zuge der Covid-19-Pandemie waren Präsenzformate der politischen Jugendbildung von heute auf morgen nicht mehr möglich und ein Erproben digitaler Formate unabdingbar. Dies stellte und stellt Bildungsreferent*innen vor vielfache Herausforderungen – in Bezug auf Fördergelder und -richtlinien, technische Infrastruktur und Know-how, pädagogische Fragen und auch Teilnehmer*innenakquise bzw. Zielgruppenansprache. Es bedeutet aber auch eine Chance und zeigt deutlich auf, dass in Deutschland eine Erweiterung der politischen Jugendbildung um digitale Formate viel zu sehr vernachlässigt wurde und überfällig war – mit oder ohne Covid-19.

Fragen von Zugangsmöglichkeiten stellen sich bei digitaler Bildung genauso, wenn auch teilweise verändert, und sind auch hier schließlich eine soziale Frage. Dabei versuchen wir mit datenschutzrecht-

lich abgesicherter Software Webinare anzubieten, was jedoch oft bedeutet, dass Anwendungen heruntergeladen werden müssen und nicht immer auf Handys funktionieren. Ähnlich wie in Schulen resultiert dies in unterschiedlichen Teilhabemöglichkeiten für Jugendliche, da viele neben ihrem Smartphone keinen Laptop oder Desktop zur Verfügung haben.¹ Jedoch ermöglichen Webinare die Teilnahme unabhängig vom Aufenthaltsort und umgehen damit wiederum unzureichende Verkehrsinfrastrukturen im ländlichen Raum. Während digitale Bildung also bestimmte Hürden abbaut, sind die Fragen vom Zugang zu verschiedenen Endgeräten und von der Hochschwelligkeit der zu nutzenden Software noch zu klären. Auch die digitale Infrastruktur muss dafür gegeben sein und vielerorts dringend ausgebaut werden.

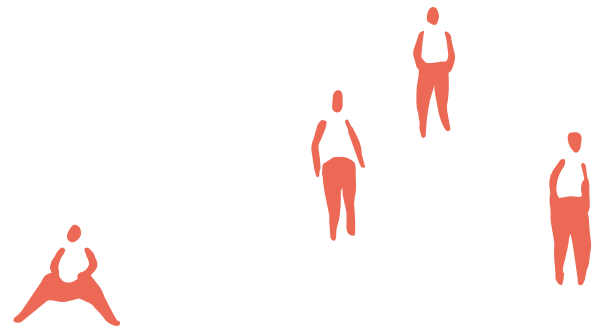
Im Rahmen außerschulischer politischer Jugendbildung sind Gruppenprozesse, Raum für Diskussionen und gemeinsame Erfahrungen elementar. Hier gilt es zu fragen, wie diese im digitalen Raum ermöglicht und emotionale Lernprozesse auch aufgefangen und begleitet werden können. Eine interessante Frage für digitale Bildung im ländlichen Raum stellt sich auch in Bezug auf Empower-

1 Kramer, Bernd (2020): Kein Computer, kein Kontakt. In: Süddeutsche Zeitung. URL: www.sueddeutsche.de/bildung/homeschooling-schulschliessung-hartz-iv-1.4881546. Letzter Zugriff: 04.11.2020.

ment-Workshops: Einerseits müssen gerade diese ein emotionales Begleiten leisten, andererseits können Personen, die Diskriminierungserfahrungen machen, die sie mit niemandem oder wenigen in ihrem Wohnort teilen, leichter oder überhaupt Zugang zu einem solchen Workshop haben, wenn er digital stattfindet. Am Ende zeigt sich aber auch hier, dass die Akquise von Teilnehmenden wie auch die Vor- und Nachbereitung am besten und manchmal überhaupt nur über Kooperationen mit lokalen Akteur*innen funktioniert. Ein digitales Angebot allein macht also noch keinen erfolgreichen Workshop bzw. garantiert nicht, dass Jugendliche und junge Menschen auch davon erfahren, sich angesprochen fühlen und sich anmelden.

Es kann festgehalten werden, dass manche Prozesse und Herausforderungen digitaler Bildung denen der Präsenzformate gar nicht so unähnlich sind – wie beispielsweise die Wichtigkeit der Vernetzung mit lokalen Akteur*innen in einem Flächenland. Darüber hinaus zeichnet sich ab, welche Chancen wir durch digitale Bildung öffnen, u. a. in Bezug auf Teilhabe, und welche äußeren Bedingungen für eine gelingende politische Jugendbildung verbessert werden müssten (Beispiel digitale Infrastruktur, Software und Endgeräte). Vor allem aber bietet diese Präsenzformate nahezu verunmöglichte Zeit die Chance, sich auszuprobieren, sich weiterzubilden und neue Wege zu gehen, die bisherige Formate

nicht verdrängen, sondern im besten Fall ergänzen. In diesem Sinne halten die Jugendbildungsreferent*innen von Arbeit und Leben die nun vermehrt angeschobene digitale politische Jugendbildung für eine wichtige Möglichkeit der Weiterentwicklung politischer Bildung, der wir uns neugierig und anpackend stellen.





Methodenkarten

Warm-Ups, Kennenlernmethoden, Fokussierungen und Auflockerungen gehören zu einem guten Seminar. Doch gerade solche Methoden sind im digitalen Raum sehr viel schwieriger zu gestalten. In den vergangenen Monaten haben die Jugendbildungsreferent*innen neue Ansätze erprobt und „Analoges“ ins „Digitale“ geholt.

Eine Sammlung von 33 Methoden übersetzt Warm-Up-Klassiker wie den „Steckbrief“ oder „Ich sehe was, was du nicht siehst“ in die Online-Umgebungen, die nun unseren Bildungsalltag prägen. Mit Methoden wie der „Emoji-Challenge“; „Be with me“ oder auch „Dein Lieblingsmeme“ werden neue Ansätze aufgezeigt, die speziell für Onlineseminare, Webinare und Videokonferenzen konzipiert wurden (aber natürlich auch in Präsenzseminaren eingesetzt werden können).

Der Link zur Sammlung:



www.guter-einstieg.politische-jugendbildung.blog

Praxisbeispiel

Antidiskriminierung – Gehen oder Bleiben

Ein digitales Angebot in der Grenzregion Mecklenburg-Vorpommern

Björn Kluger

Antidiskriminierung – Gehen oder Bleiben war eigentlich der Titel eines ursprünglichen Präsenzseminars vom 24. bis 26. April 2020 in der ländlichen Region um Pasewalk. Aufgrund der Einschränkungen im Zuge der Covid-19-Pandemie entwickelte sich daraus ein digitales Angebot, das sowohl den aktuellen Alltag als auch die Themen Grenze, Diskriminierung, Vorurteile und Miteinander zum Thema hatte. In Short-Stories verarbeiteten die Jugendlichen ihre Sicht der Dinge, nahmen Bezug auf ihre eigene Umgebung und auf die Menschen, die dort leben.

Als Antwort auf die Kontaktsperre und die eingeschränkte Bewegungsfreiheit hat das Angebot der jugendpolitischen Bildung junge Erwachsene dazu motiviert, einen vertiefenden Blick auf Grenzerfahrungen und die Auseinandersetzung mit der aktuellen Ausnahmesituation zu werfen. Die Geschichten junger Menschen

entlang regionaler / peripherer Perspektiven zeigen übergreifende Vergleiche auf, die den Blick über den Tellerrand erlauben und einen Hinweis liefern, welche Faktoren Gegenseitigkeit oder Einseitigkeit begünstigen (können).

Die Möglichkeit der Erprobung eines digitalen Formates in einer ländlichen Region war in dieser Form ein innovativer Rahmen für die beteiligten Kooperationspartner*innen – Arbeit und Leben Mecklenburg-Vorpommern, Jugendsozialarbeit und kulturelle Jugendbildung in der Region Pasewalk – und gleichzeitig eine Probe, inwieweit sich Jugendliche und junge Erwachsene auf das Angebot einlassen. Nicht alles hat geklappt – aber die Kombination von Videokonferenz, digitaler Präsenz und Offline-Arbeit hat die Konzentration und Motivation unterstützt. Die Rückmeldungen aus den dezentralen Orten, an denen die Teilnehmer*innen zum Seminarzeitpunkt waren, hat dazu beigetragen, den Austausch untereinander zu fördern. Das Format ermöglichte digitale Kommunika-



© Timo Huber

tion, Kontaktaufnahme und Reflexion der eigenen Lebenswelt in einer gesellschaftlichen Krisensituation: Die Fragestellung „Gehen oder Bleiben?“ wurde neu gedacht – ursprünglich als periphere Randnotiz in Sachen Beruf, Chancen und Perspektiven, nun in der Überwindung von Distanzen und Grenzen: Bleibe ich dabei oder ziehe ich mich zurück? Die persönliche Situation der Teilnehmer*innen war der Ausgangspunkt für die thematische Arbeit. Daraus sind private und gesellschaftliche Einblicke entstanden, die auch als Zeitzeugnis verstanden werden können. In einer Umfrage im Anschluss an das Seminar wurde die soziale Kontaktmöglichkeit hervorgehoben. Die Perspektiven, Ideen und Gedanken einer Generation kennen keine Grenzen. Sie sieht sich hier nahe Stettin, schätzt Berlin multikulturell, wähnt sich von der Stadt aber weit weg. Die Grenze spielt im Leben der Jugendlichen mit den historischen Bezugspunkten weniger eine Rolle als vielmehr die Bewegungsfreiheit ohne Schengen und der Mauer um Berlin. Die Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie wirkt sich dennoch unterschwellig aus. Diese Erfahrung – ob im Dreiländereck Polen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, zwischen mehreren Bundesländern im Breisgau, im Saarland oder auch in Sachsen – gerade in Zeiten neuer Grenzsicherungen und durch die Eingrenzung von Kontakten durch die Pandemie sind diese Ergebnisse, trotz regionaler Prägung, wertvoll für das gesamte Gemeinwesen. In Anbetracht verstärkt wahrgenommener Fokus-



sierungen auf andere Gruppen im Zuge der Covid-19-Pandemie, war das Angebot aus Sicht der Kooperationspartner*innen für die Teilnehmenden, die der sog. Generation Z zugerechnet werden, ein Beitrag zur Nutzung des Potentials, das diese jungen Menschen in Zukunft für die Gesellschaft einbringen können.

Dezentral an Orten, an denen sich die Jugendlichen befinden – beengt zu Hause oder mit Freunden draußen, mit Laptop oder Smartphone, in digitaler Präsenz, in Kleingruppenarbeit oder individuell – entstanden persönliche Gedanken und Geschichten. Impulse aus Presseslogans und Artikeln mit Wörtern wie Corona, Grenze, Konflikt, Vorurteile, Heimat oder das, was wichtig ist (Generationen und ihre Geschichten), wurden in Texten verarbeitet. Einige Beispiele finden sich am Ende des Beitrages.

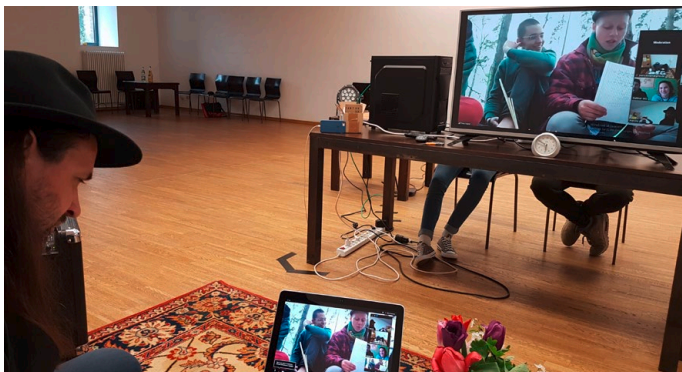
Offene Grenzen?

Ein Hauptanliegen des Seminars war es, der Vereinzelung ein solidarisches, direktes und digitales Angebot entgegenzusetzen, das einerseits den Kontakt und Austausch zwischen jungen Erwachsenen fördert und andererseits die Grenzlage als etwas Positives und Gewinnbringendes an Ideen und Diskussionen betrachtet. Innerhalb der digitalen Werkstatt sind persönliche und gesellschaftliche Fragen gleichermaßen milieübergreifend aufgeworfen worden, die

die jungen Erwachsenen in Texten verarbeitet haben und die einen Einblick in den Alltag der Teilnehmer*innen ermöglichen. Dabei wurde den jungen Menschen deutlich, dass eine Grenze eher trennt, als verbindet und dass ihnen die Bewegungsfreiheit wichtig ist.

Das digitale Angebot wurde von den Jugendlichen und jungen Erwachsenen genutzt, um miteinander in Kontakt zu treten und dabei über die Themen Grenze, Abgrenzungen, Konflikte und Kontaktbeschränkungen zu reflektieren. Die Kombination der sozialen und politischen Jugendbildung leistete die in der Pandemie notwendiger denn je erforderliche Beziehungsarbeit und verknüpfte diese mit der thematischen Reflexion. Der Zugang zur Zielgruppe über Vertrauenspersonen schuf ein inhaltliches Angebot, das persönliche





© Christine Lauenstein

und gesellschaftliche Fragen miteinander verknüpft. Neben der universellen Methode des digitalen und analogen Schreibens stellen die Ergebnisse des digitalen Seminars in einer grenznahen Region eine Grundlage dar, auch bundesweit die Sichtweise von Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf die Überwindung von Grenzen und Beschränkungen und damit ihrer Lebenswelt zu reflektieren.

Modulbeschreibung

Zielgruppe

Jugendliche im Alter zwischen 15 und 25 Jahren

Anwendung: Zum Einsatz in Seminaren der politischen Jugendbildung mit den Schwerpunkten Diskriminierung und Ausgrenzung.

Ziele

- Vorstellen der reflektierten Geschichten
- Aufzeigen und Reflexion der Ausgrenzungs- und Diskriminierungsmuster
- Ermöglichung von Gegenüberstellungen, Beschreibung von Gegensätzen und Gemeinsamkeiten
- Eröffnung von Ableitungen für eigenes Handeln
- Stärkung von Urteilsfähigkeit
- Wahrnehmung und ihre Veränderung von Landschaft / Region und Bezugnahme auf politisch-historische / gesellschaftliche Prozesse vor Ort
- Erkennen und Auseinandersetzung mit Krisen- / Konfliktsituationen / Ermöglichung von Diskussion der Ergebnisse
- Sensibilisierung füreinander, Ermöglichung von Austausch, Entdeckung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden
- Weckung von Empathie / Perspektivwechsel
- Sensibilisierung für Unterstützung und Solidarität

Ablauf

Tag 1: Annäherungen an die aktuelle Situation

1. Welche Geschichte bringst du aus deiner Familie / deinem Umfeld aktuell mit?

(als Einstiegsthemen und Ankommen)

Dauer: 90 Minuten inkl. Pausen

- Willkommen / Vorstellungsrunde / Erwartungen
- Einstieg in das Webinar
- Meine aktuelle Situation
- Thematisierung / Verdeutlichung der eigenen familiären Situation / Biografie

2. Gesellschaft und Grenze:

Aktuelle Situation in der grenznahen Region

Dauer: 240 Minuten inkl. Pausen

- Reflexion der aktuellen (Krisen)Situation vor Ort
- Umsetzung der Schreibwerkstatt
- Rückmeldungen zu den Geschichten
- Erkennen der unterschiedlichen Perspektiven (individuell, grenzüberschreitend, eigene neue Geschichte)
- Austausch zu Begriffen wie Konflikt, Vorurteil, Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen in Geschichte und Gegenwart

- Weiterarbeit in den Gruppen / individuell
- Rückmeldung im digitalen Plenum

Tag 2: Grenze / Miteinander und Rückmeldungen im digitalen Plenum

Dauer: 320 Minuten inkl. Pausen

- Die Teilnehmer*innen reflektieren und entwickeln Gedanken zu unterschiedlichen Aspekten in der Krise (Sommer nach der Krise, Generationen – Großeltern, Grenzen), um einen weiteren Zugang zum Thema der Grenzregion und der aktuellen Situation zu gewinnen
- In einer Zwischenpause gilt es Ablenkung und Distanz vor dem Finale zu schaffen
- Finale:
Die Teilnehmer*innen setzen sich intensiv mit dem Thema Grenze auseinander – welche Position habe ich, was ist mir dabei wichtig, was beschäftigt mich dabei?
- Zum Abschluss:
Wohlfühlen und Nachbereitung besprechen

Es folgen Texte, die Jugendliche am zweiten Tag des Seminars entworfen haben. Die Ergebnisse wurden später noch einmal überarbeitet und bebildert.

Angelina Wiechmann

Grenzen

Folgende Fragen stelle ich irgendeiner höheren Macht:

In was für einem Land leben wir eigentlich?

Warum sollten wir nicht beides haben?

Die gute Arbeit und das gute Leben?

Der Gegenredner fragt sich jetzt: Ist das nicht ein Widerspruch?

Mein Körpergefühl sagt mir etwas anderes.

Das Gefühl, etwas Gutes zu tun, ist wichtig.

Mein Erfindergeist ist nicht hoffnungsvoll oder optimistisch.

Sondern entschlossen.

Dieser Widerspruch kann nicht ursprünglich sein.

Wir müssen den Zufall abschaffen!

Deshalb frage ich dich: Willst du mit mir Pferde stehlen?

Inne halten.

Es riecht sehr frisch.

Gleichzeitig aber auch erdig-holzig und etwas harzig.

Ich höre Bienen summen, Vögel zwitschern, Schafe blöken.

Wenn ich schreie, flüstert mir mein Echo eine Antwort zurück.

Ich spüre leichten Wind, umhüllt von warmen Sonnenstrahlen.

Blätter rascheln.

Ich sehe massenhaft Sand unter mir.

Neben mir Ameisen, die fleißig die Baumrinde auf- und abkrabbeln.

Die Ferne leuchtet gelb und grün.

Ich schaue weit über die Felder Brandenburgs,
während ich auf einem kleinen Berg in Vorpommern stehe.

Ich lebe im Grenzraum.

Blätter rascheln.

Einhundertsiebzig Zentimeter –

so groß wie ich ist auch der Grenzstein am Feldrand.

Mitten im Nirgendwo steht er da und macht sichtbar,
dass Nirgendwo eigentlich Irgendwo ist.

Zwei Felder. Zwei Dörfer. Zwei Bundesländer. Ein Stein.

Eine Region?

Inne halten.

Ich lebe im Grenzraum.

Stettin liegt dichter als Berlin.

Grenzkontrollen sind nur noch blasse Erinnerungen.

Ich kann frei nach Polen reisen. Ein Privileg.

Zwei Sprachen. Zwei Regierungen. Zwei Staaten. Ein Fluss.

Eine Nation?

Blätter rascheln.

Ich fange an, Steine zu verschieben, Brücken zu bauen,

Grenzen in meinem Kopf aufzulösen.

„Eine Welt“, flüstert es leise.



© Angelina Wiechmann

Friedrich Lauenstein

Grenzen

Grenzen sind sinnlos.

Grenzen sagen: hier ist Schluss,
Aber es geht immer irgendwo weiter.

Die Musik, das Universum, die Liebe,
kann niemand mit einem Zaun umspannen,
einfangen oder seinen Fuß draufsetzen und sagen: das ist meins.
Grenzen trennen.

Stell dir vor, alle Grenzen wären weg,
kannst du dir das vorstellen?

Vielleicht nicht, es gibt schon viel zu lange Grenzen.
Grenzen bestehen aus Draht, Beton, Stahl und Schmerz,
Aus Hass, Sprache, Hautfarbe und Blut.

Grenzen werden mit Geld gebaut,
sie binden, zerteilen, töten und bringen Menschen um ihr Lebensglück.

Wer hat sie erfunden, wie kommt man auf sowas?

Grenzen sind ein Konzept, eine Idee und Erfindung,
man kann sie nicht sehen und sie entstehen
und verschwinden, flüchtig, wie ein Gedanke.

Menschen machen Grenzen und Grenzen
machen Menschen,
wir lernen sie in der Schule auswendig.



© Friedrich Lauenstein

Grenzen sind nur für die Menschen Realität,
der Wind und die Welle, der Fuchs auf der Lichtung nehmen sie nicht wahr.

Grenzen können groß und lang sein
oder man überschreitet sie täglich mit einem kleinen Schritt.
Grenzen lassen sich zerschlagen und überwinden,
wer das geschafft hat, hat etwas bewegt
und den Leuten gezeigt, wie surreal Grenzen sind.

Grenzenlos

Was stellst du dir darunter vor?

Macht dir das Wort Freude, macht es dir Angst?

Grenzen sind da, doch wie lange noch?
Je mehr Leute eine Grenze überschreiten,
desto schwächer wird sie,
bis sie, auf dem Papier und in den Köpfen,
wie eine Kerze,
erlischt.

Camilla Schlieff
Kündigung 3.0

Es war einmal an einem Tag,
irgendeiner, keine Rolle spielt, welcher es war
da trug sich jenes zu
folgendes geschah

Die Grenze erwacht
reibt sich Patronenhülsen aus den Augen,
hier kommt was sie dacht':
So ich hab genug, ich gehe hier fort
Sie bebt und lacht

Ich geh' an einen anderen Ort
Hier halt' ich es nicht aus,
die Schüsse so laut
die Menschen so traurig
Freiheit ist was ich jetzt brauch'

So zieht sie los von Land zu Land
doch merkt sie schnell,
die Welt ist außer Rand und Band
Dort die Grenze dicht
und keiner der mehr spricht
hier eine Mauer
mit Soldaten auf der Lauer
Dort Golfparks auf der einen Seite
doch auf der anderen hungert jeder zweite

Die Wut steigt in der Grenze auf
Sie hat genug, jetzt will sie raus
Fliegt los, sie kündigt
Hoch hinaus

Sie sieht die Schönheit in der Sonne
des Mondes stille Macht
sieht Menschen voller Wonne
und Liebende in einer heißen Nacht

Die Welt ist schön, denkt sie sich
Doch wo ist mein Platz
Scheint mir, das Problem bin ich
während alle glauben, ich sei ein Schatz

Genau in diesem Augenblick flog sie durch ein
fernes Land,
weite Flächen, unerkant
Dort sah sie auf einem großen Felsen
einen Jüngling steh'n
der breitete die Arme aus als wollte er fliegen
Sie stieg zu ihm herab und sah in sein Gesicht
Furcht oder Hass gab es da nicht
Sie sah den Frieden
lernte ihn lieben
und alles weitere verlor an Gewicht

Der Junge lachte sie an und sprach:
Hey Grenze, fürchte dich nicht,
dich selbst zu überschreiten
stell dich hier neben mich
hör was ich sag
Sie stand neben ihm,
während er zum Horizont zeigt

Sieh genau hin, Grenze, damit du es weißt
Sie öffnet die Augen,
man hörte noch weit ihren freudigen Schrei
Vielleicht trug sich dies zu an einem schönen
Tag im Mai
Erlösung.

Sie sieht ihn an und sagt: Ich bin frei.



© Camilla Schlieff

Meret Willhalm
Grenzen

Grenze, du stehst der grenzenlosen Freiheit im Weg
ich spucke dir ins Gesicht,
weil mein Gesicht und sein Gesicht vielleicht anders aussehen,
aber am Ende schaue ich in seine braunen Augen
und darin sehe ich mich
Er hat auch nur Augen, Nase, Mund
und viel wichtiger ein Gehirn und ein Herz

Ich will mit ihm sprechen
aber nicht nur die Grenzen der Länder stehen zwischen uns,
sondern die Grenzen unserer Sprache,
die Grenzen unserer Vorstellung,
die Grenzen, die unsere Medien,
unsere Eltern in unseren Köpfen gezeichnet haben
tief in unsere Gehirnwindungen eingeritzt

Sag' mir was du denkst,
zeig' mir was du fühlst
Ich möchte wetten, es ist, was ich auch denken würde
doch leider sehe ich in seine Augen
und darin spiegelt sich nur mein eigenes Gesicht



© Meret Willhalm

Hass auf die Grenze,
die Grenze ist nicht das Problem
die Menschen, die mir von den Grenzen erzählten
und sie in den Mittelpunkt meines Lebens stellten
ich will die Schuld nicht von mir weisen
aber ist das nicht, was meinen Hass verdient?

Vorbemerkung zum Praxisbeispiel

Die außerschulische Jugendbildung von Arbeit und Leben, die sich als arbeitnehmer*innennah und sensibilisiert für verschiedene Formen von Diskriminierung und Unterdrückung begreift, betrachtet die nachfolgenden Formen der grenznahen und -überschreitenden Bildung als eine mögliche Ergänzung und Kooperationsmöglichkeit im Bildungsprozess.

Der Ansatz des Erlebens und Erfahrens durch Wandern an authentischen Orten sowie die Verbindung von historischem Lernen und Gegenwartsbezug unterstützt die Reflexion über die Darstellung und Vermittlung von Geschichte in unterschiedlichen deutschen Gesellschaften bis heute. Die Teilnehmer*innen werden angeregt, sich Komplexitäten zu stellen, Kompetenzen für Quellenarbeit zu schärfen und sich für eine solidarische Gesellschaft einzusetzen.

Praxisbeispiel

Grenzüberschreitende Erinnerungsarbeit

Pädagogische Angebote zum Widerstand während des Nationalsozialismus im Grenzgebiet des Elbsandsteingebirges

Gastbeitrag des Educat Bildungskollektivs

Grenzgebiete spielen im Widerstand gegen ein Regime oft eine herausragende Rolle. Der Grund dafür liegt in verschiedenen Eigenschaften, die auf viele dieser Regionen zutreffen und beispielhaft für die Grenzregion des Elbsandsteingebirges aufgezeigt werden sollen.

Viele Grenzlinien etablierten sich entlang natürlicher Barrieren, die eine gegenseitige Invasion von Nachbarländern erschweren sollten und sollen, so dass Grenzen sehr häufig durch Gebirge führen. Als schwer zugängliche und leichter zu verteidigende Gebiete sind Gebirge aber gleichzeitig seit jeher Orte des Widerstandes, bspw. gegen neue Zentralmächte, gegen religiöse und politische Verfolgung oder diktatorische Regime.

Verschiedene Faktoren befördern daneben oft eine geringere Identifikation und Basisloyalität mit dem Staat. Diese Prozesse

werden zudem durch häufige Grenzverschiebungen (in der Region des Elbsandsteingebirgen allerdings nur bis ins 15. Jahrhundert), wirtschaftliche Unterentwicklung, da diese Gebiete militärisch als besonders gefährdet gelten, und traditionell stärkere Involvierung der Bevölkerung in illegale Erwerbstätigkeiten wie bspw. Schmuggel verstärkt.



Bildungsarbeit im Grenzgebiet – Orte des Widerstands gegen das NS-Regime

Besondere Faktoren im Elbsandsteingebirge

Für den Widerstand in der Region des Elbsandsteingebirges kamen weitere Einflüsse hinzu. Sowohl die Tschechoslowakische Republik (ČSR) als auch Sachsen verfügten vor 1933 über starke linke Bewegungen.² Sowohl die Mehrheitsrichtungen der Arbeiter*innenbewegung beider Länder – Sozialdemokratie und kommunistische Parteien, die sich der UdSSR verpflichtet sahen – als auch kleinere Strömungen wie beispielsweise Trotzki*innen,³ Rätekommunist*innen⁴ und Anarchist*innen⁵ unterhielten gute Verbindungen zwischen beiden Ländern. Teilweise waren Organisationen auch länderübergreifend aktiv.⁶ Die grenzüberschreitende Kooperation wurde in den angrenzenden Gebieten durch die beiderseitigen Sprachkennt-

- 2 Als Anhaltspunkte dienen hier einerseits Wahlergebnisse, die Dichte und Stärke linker Organisationen und Publikationen und die Präsenz prominenter Redner*innen. Als Beispiele seien hier die KPD-SPD-Regierung in Sachsen im Oktober 1923 und die Ergebnisse der starken Wahlergebnisse der sozialdemokratischen und kommunistischen Lager in der ČSR angeführt.
- 3 Vgl. Weinhold, Barbara (2004): Eine trotzkistische Bergsteigergruppe aus Dresden im Widerstand gegen den Faschismus. Neuer ISP Verlag GmbH: Köln.
- 4 Vgl. u. a. Bock, Hans Manfred (1969): Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923. Verlag Anton Hain: Neisenheim am Glan.
- 5 Vgl. Rübner, Hartmut (1994): Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus. Libertad Verlag: Potsdam.
- 6 AkuBiZ e. V. (Hg., 2008): Rote Bergsteiger – Unterwegs auf ihren Spuren im Elbsandsteingebirge. Pirna.

nisse erleichtert. Fast ein Drittel der tschechischen Bevölkerung gehörte zu diesem Zeitpunkt der sudetischen Minderheit an und viele politische Aktivist*innen sprachen sowohl Deutsch als auch Tschechisch. Ein weiterer Motor war die unterschiedliche Stärke der jeweiligen ideologischen und organisatorischen Fraktionen in den jeweiligen Ländern.

Ebenfalls prägend für den späteren Widerstand war die touristische Erschließung des Erz- und Elbsandsteingebirges bis hin zum Zittauer Gebirge. Daraus ergab sich einerseits ein großes Netz an Unterkünften, Sportler*innenheimen, linken Ausflugsgaststätten und anderen Anlaufpunkten beiderseits der Grenze. Andererseits ergab sich daraus ein großer Kreis an Personen, der über gute Geländekenntnisse, körperliche Fitness und plausible Vorwände für die Aktivität im gebirgigen Grenzgebiet verfügte.⁷

Antifaschistischer Widerstand im Elbsandsteingebirge

Träger des antifaschistischen Widerstandes waren im Grenzgebiet des Elbsandsteingebirges v. a. die verschiedenen Strömungen der Arbeiter*innenbewegung.

⁷ AkuBiZ e. V. (Hg., 2008): Rote Bergsteiger – Unterwegs auf ihren Spuren im Elbsandsteingebirge. Pirna.

Nach enormen Repressionswellen 1933, die viele Akteur*innen in ihrer Heftigkeit überraschte, lag der Fokus der Widerstandsarbeit zunächst auf:

- a) der Rettung bedrohter Genoss*innen,
- b) der Schaffung von Gegeninformation und Gegenöffentlichkeit,
- c) der Reorganisation mit entsprechenden Auslandsleitungen.⁸

In diesen drei Kernbereichen der Widerstandsarbeit bildeten schwer überwachbare Bereiche der Grenze wichtige Handlungsräume. Durch die verwinkelten Schluchten und wilden Pfade des Elbsandsteingebirges konnten viele bedrohte Menschen in teils spektakulären Aktionen⁹ über die Grenze entkommen, aber auch Waffen, Infra-

⁸ Eine der ausführlichsten Gesamtdarstellungen des lokalen Widerstandes, seiner Phasen und Träger*innen findet sich in: Böhm, Boris u. a. (2003): Unsere Heimat unterm Hakenkreuz. Ein Beitrag zu nationalsozialistischer Gewaltherrschaft, Verfolgung und antifaschistischem Widerstand in Amtshauptmannschaft und Kreis Pirna von 1933 bis 1945. Pirna.

⁹ Dazu drei exemplarische Beispiele: Theodor Plievier wurde nach einer letzten Lesung in Freital von der SA in seine Unterkunft verfolgt, entkam mit Hilfe von Aktivist*innen der FAUD und der Liga für Menschenrechte in letzter Sekunde über Hinterhöfe mit einem Motorrad (vgl. Hauptstaatsarchiv Dresden 11430 Bezirkstag / Rat des Bezirkes Dresden, VdN-Akten Nr. 09708). Im April 1934 wurden die Journalisten Anton Jäger und Alfred Zeisler aus dem KZ Hohnstein befreit und berichteten einen Tag später im Prager Rundfunk über die Haftbedingungen (siehe Anm. 7). Im Mai 1935 wurde der flüchtige Kurt Hager bei einem Schusswechsel mit der SS am Fuß verletzt und von der KPD-Kuriergruppe den vierstündigen Weg über die Grenze getragen (vgl. Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der SED Kreisleitung Pirna [2. überarbeitete Auflage 1984]: Ehrenmale, Gedenkstätten, Erinnerungsstätten und

struktur, Vervielfältigungsapparate und kulturelle Güter (bspw. die Nachlässe Erich Mühsams und die Werke Theodor Plieviers)¹⁰ wurden bei Grenzaktionen in der Region gerettet.

Mit der Machtübernahme durch das NS-Regime wurden unmittelbar alle oppositionellen Medien verboten, Verlage gestürmt und Druckmaschinen beschlagnahmt. Schnell war die antifaschistische Gegenbewegung von jedweder Gegeninformation und Lageeinschätzung abgeschnitten. Die Nähe und touristische Passierbarkeit der Grenze kompensierte diese Angriffe und Verluste teilweise. Einerseits lagen weiterhin deutschsprachige, linke Zeitungen in entsprechenden Gasthäusern der ČSR aus, konnten dort studiert oder auch erworben und illegal eingeführt werden. Andererseits wurden linke Publikationen durch die Widerstandsorganisationen im Ausland produziert und eingeführt, darunter Agitationshilfen, Analysen der Repressionsmaßnahmen und Anleitungen zum Aufbau und der Festigung von Widerstandsgruppen.

Mahnstätten der Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandskampfes im Kreis Pirna.

10 Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der SED Kreisleitung Pirna (2. überarbeitete Auflage 1984): Ehrenmale, Gedenkstätten, Erinnerungsstätten und Mahnstätten der Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandskampfes im Kreis Pirna.

Als Gegenreaktion auf das NS-Regime bauten verschiedene Organisationen des Widerstandes sogenannte Auslandsleitungen auf. Die Widerstandsarbeit war im Regelfall davon geprägt, ein handlungsfähiges Netzwerk aus Orts- und Betriebsgruppen zu reorganisieren. Bspw. wurden Treffen von Funktionär*innen als Familienausflüge in die ČSR getarnt. Die mentale Komponente wirkte sich ebenfalls entscheidend für die Nachhaltigkeit des Widerstandes aus: Die Antifaschist*innen in Grenznähe konnten dem nationalsozialistischen Alltag zeitweise entfliehen, indem sie bspw. linke Sportfeste, Kundgebungen und Mai-Demonstrationen im Nachbarland besuchten.¹¹ Mit dem Münchener Abkommen und dem Einmarsch der deutschen Truppen im „Sudetenland“ endete die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Region.

Gedenkarbeit durch Educat und die Schwarz-Roten Bergsteiger*innen

Zum Widerstand in der Grenzregion bieten u. a. zwei Vereinigungen seit mehreren Jahren ein- oder mehrtägige Führungen an.

11 Eindrucksvolles Zeugnis mit vielen Details geben die Berichte in den VdN-Akten im Hauptstaatsarchiv Dresden.

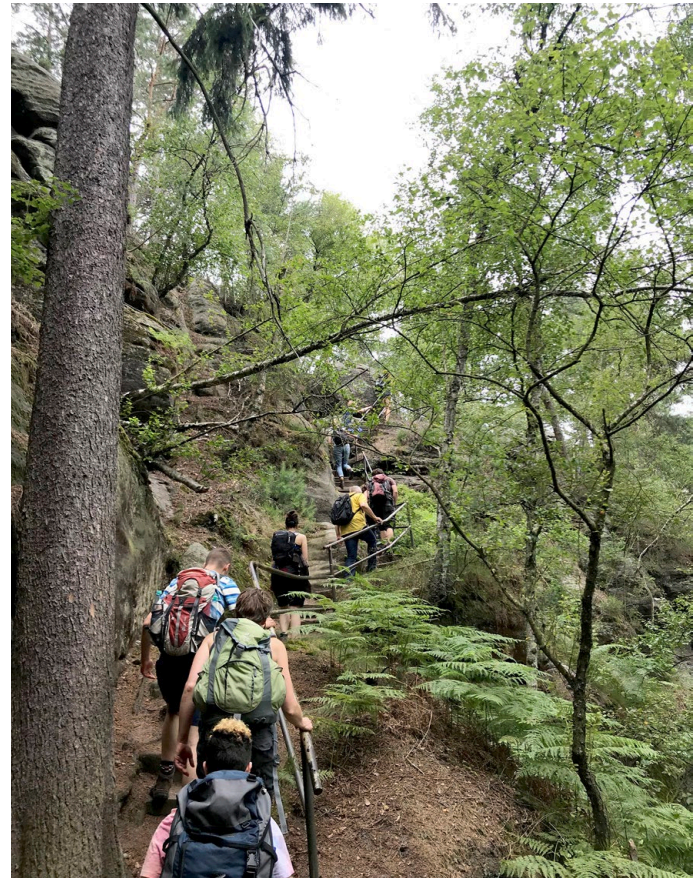
Die Schwarz-Roten Bergsteiger*innen¹² betätigen sich als Kulturorganisation der Basisgewerkschaftsföderation FAU¹³ neben der Gedenkarbeit als Bergsportvereinigung, stellen Bildungs- und Urlaubsräumlichkeiten für emanzipatorische Strukturen zur Verfügung und organisieren sich gewerkschaftlich und antifaschistisch im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (kurz: SOE). Ihre Gedenkturen verbinden sie mit Aktionen wie Gedenkplattenverlegungen, Flyer-Aktionen, Konzerten oder Demonstrationen.

Educat ist ein kollektiv organisierter Bildungsbetrieb im Verband der Union Coop Föderationen mit Sitz in Berlin.¹⁴ Das Kollektiv bietet ebenfalls mehrtägige Wanderungen für ein breiteres Publikum an. Es können Einführungs- und Schwerpunktmodule gebucht werden. Daneben bildet das Kollektiv auch zu Geschichtsforschung weiter, forscht selbst und veröffentlicht die Ergebnisse in eigenen Publikationen. Beide Initiativen tauschen Konzepte, Touren und Forschungsergebnisse miteinander aus.

12 Weitere Informationen unter URL: www.srb.fau.org und www.twitter.com/srb_fau.
Letzter Zugriff: 20.11.2020.

13 Nachfolgeorganisation der historischen FAUD.

14 Weitere Informationen unter URL: www.educat-kollektiv.org und zur Kollektivbetriebsföderation Union Coop www.union-coop.org. Letzter Zugriff: 20.11.2020.



© Educat Kollektiv

Erwandern von Gedenkorten

Didaktischer Ansatz, Methoden, Ziele

Den Kern der Gedenkarbeit bilden längere Wanderungen an die konkreten Schauplätze von Widerstand, Zwangsarbeit und Verfolgung. Durch das physische Aufsuchen von Erinnerungsorten wird Geschichte fassbarer, begreifbarer und bildlicher. Das Wandern entlang bzw. das Überschreiten der Landesgrenze macht dabei den gesellschaftlichen Kontrast zwischen verschiedenen Ländern, politischen Strukturen und ihre Auswirkungen auf Lebensrealitäten deutlich. Die Wanderungen durch abgelegene Landstriche ermöglichen längere inhaltliche Inputs durch erfahrene Referent*innen, die immer wieder von Reflexionsphasen und Einzelgesprächen der Teilnehmer*innen auf dem Weg abgelöst werden. Das Erwandern der einzelnen Gedenkorte vermittelt dabei exemplarisch ein plastisches Gefühl für die „Dichte“ nationalsozialistischer Unterdrückung, also bspw. die Anzahl und räumliche Nähe von Konzentrations-, Zwangsarbeits- und Kriegsgefangenenlagern, wobei die Region keine Sonderrolle einnimmt.

Methodisch und inhaltlich ergänzt werden die Seminare durch einen Blick auf die Entwicklung der Gedenkkultur in der DDR, ČSR, BRD und der tschechischen Republik. Darüber hinaus werden heutige neonazistische Strukturen vor Ort betrachtet, die verstärkt seit 1990 in der Region bestehen und sich auf einen teils starken Rückhalt

in der lokalen Bevölkerung stützen. Auch auf tschechischer Seite sind diese Strukturen zu finden. So kam es um das Jahr 2000 bspw. zu verschiedensten militanten Angriffen der paramilitärischen Kameradschaft „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) in Deutschland und in der tschechischen Grenzregion immer wieder zu bewaffneten Pogromen v. a. gegen Sinti*ze und Rom*nja, wie im Jahr 2011 in Varnsdorf.

Die Gedenkseminare regen zur Reflexion über die nach wie vor wirkmächtigen rechten Strukturen an. Das heutige antifaschistische Engagement gegen militante und gemäßigte rechte Strukturen und das weitgehende Fehlen nicht linksradikaler zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in der Region werden beleuchtet. Die Infrastruktur militanter rechtsradikaler Gruppierungen werden in die Touren einbezogen, bspw. das neonazistische Haus „Montag“ in Pirna, das „Nationale Versandhaus“ in Gohrlich oder das Konzerthaus des rechtsradikalen Hells Angels Chapters in Rathmannsdorf.

Ziel ist die konkrete Aktivierung der Teilnehmenden für antifaschistische und humanistische Courage und Organisation im Alltag. Es werden nicht nur die Verhältnisse unter der NS-Diktatur vermittelt, sondern auch die politischen Prozesse in der Weimarer Republik, die diese Diktatur erst möglich werden ließen. Daraus schlussfol-



© Educat Kollektiv

Gespräche zu zweit gehören zwischen den Erinnerungsorten im Grenzgebiet zum Konzept

gernd werden gemeinsam mit den Teilnehmenden heutige rechte Tendenzen und Entwicklungen aus politisch-historischer Perspektive und Erfahrung diskutiert sowie Handlungsmöglichkeiten entwickelt. Im Detail ist es beiden Initiativen wichtig, eine Simplifizierung der Geschichte zu vermeiden, uneindeutige Biografien darzustellen,¹⁵ ein kritisches Bewusstsein für Quellenbasis und Quellenanalyse zu schaffen und zu vermitteln, welche Rolle das historische Gedächtnis in der DDR und der BRD spielte und sich auf heutige Interpretationen auswirkt.

15 Mit uneindeutigen Biografien sind u. a. auch jene gemeint, die Widersprüche in sich tragen, bspw. aus taktischen Gründen Mitglied der SA wurden, für die Wehrmacht kämpften und im Fronturlaub Widerstand leisteten, die unter Folter standen oder im DDR-Regime später selbst unterdrückten und verfolgten. Es geht darum, moralische Konflikte und Abwägungen darzustellen, ebenso wie die unterschiedlichen Grundwerte, die hinter antifaschistischem Widerstand stecken konnten, und damit reale, politisch handelnde Menschen zu präsentieren, anstatt einfache Held*innengeschichten zu erzählen.

Als Bildungseinrichtungen ist uns wichtig, die Relevanz einer gelebten, transnationalen Solidarität zur Verteidigung humanistischer Werte in den Vordergrund zu stellen. In diesem Sinne machten v. a. die SRB-FAU u. a. auf die Repressionskampagne „Fenix“ der tschechischen Regierung gegen antifaschistische Akteur*innen in den letzten Jahren aufmerksam oder beteiligten sich an der Organisation von Unterstützung für Sinti*ze und Rom*nja in Tschechien. In der tschechischen Gesellschaft lassen sich wie in weiteren Ländern Europas vielerorts antidemokratische Ideologien und Rassismus feststellen, während humanistische Akteur*innen sich immer wieder enormer staatlicher Repression ausgesetzt sehen. Eine gemeinsame, grenzübergreifende Gedenkarbeit ist ein wichtiger Ansatz, um dieser Entwicklung etwas gemeinsam auf beiden Seiten der Grenze entgegen zu setzen.

Grenzen während der Covid-19-Pandemie und Auswirkungen auf die Bildungsarbeit in der westlichen Grenzregion Deutschlands

Christoph Feick

Das Saarland und Rheinland-Pfalz, insbesondere die westlichen Regionen Eifelkreis Bitburg-Prüm, Vulkaneifel und Trier-Saarburg sind auf vielfältige Weise eng mit den Nachbarländern Frankreich, Luxemburg oder Belgien verbunden. Viele Menschen sind mit den Nachbarsprachen vertraut, kaufen in der gesamten Großregion ein und nehmen dort kulturelle und Freizeit-Angebote wahr. Der kleine, bedeutungsvolle Ort Schengen liegt um die Ecke. Nationalstaatliche Grenzen spielen hier kaum eine Rolle – höchstens, wenn unterschiedliche Steuersätze beispielsweise bei Kraftstoffen die Wahl der Tankstellen beeinflussen und dafür das Großherzogtum etwa besonders gerne angesteuert wird. Was passiert aber, wenn zur Eindämmung des Infektionsgeschehens wie zu Beginn der Covid-19-Pandemie plötzlich Grenzübergänge wieder kontrolliert bzw. abgeriegelt werden? Welche Auswirkungen hat dies auf Arbeitnehmer*innen oder transnationale Bildungsprojekte?

„Da ist viel kaputtgegangen“ – Grenzen bedrohen die Verbundenheit

Eine der offensichtlichsten Verflechtungen zwischen Luxemburg und Rheinland-Pfalz ist die hohe Zahl der Berufspendler*innen, die täglich über die Grenze fahren, um im Nachbarland zu arbeiten. In Körperich, dem kleinen Wohnort eines Mitarbeiters von Arbeit und Leben, der selbst aus Luxemburg stammt, pendelt „gefühlte Hälfte“ der Einwohner*innen täglich nach Luxemburg. Das kleine Großherzogtum gilt mit seinen Arbeitsplätzen und den vergleichsweise hohen Gehältern bzw. Löhnen als „der wirtschaftliche Motor der Eifel“ – eine Gegend, die oft als „strukturschwach“ bezeichnet wird. Die Abhängigkeit gilt aber auch in die andere Richtung: Viele Unternehmen und insbesondere der Gesundheitssektor in Luxemburg sind auf deutsche Beschäftigte angewiesen.

Als Deutschland Mitte März die einseitige Grenzschließung anordnete, wurden ca. ein Dutzend Übergänge in Rheinland-Pfalz an der deutsch-luxemburgischen Grenze gesperrt – der verbleibende Verkehr wurde durch wenige überwachte Übergänge gelenkt. Bürger*innen konnten nun nicht mehr ins Nachbarland zum Einkaufen, Familienbesuche mussten aufgeschoben und Reisen abgesagt werden. Für hunderttausende Berufspendler*innen gab es massive Einschränkungen – die, die nicht im Homeoffice arbeiten konnten,

mussten große Umwege und lange Staus an den verbliebenen Grenzübergängen in Kauf nehmen. Einige Kolleg*innen bei Arbeit und Leben und viele andere Menschen fühlten sich an früher erinnert, an die Zeit vor dem Schengener Abkommen, als Schlagbäume noch Selbstverständlichkeit waren. Doch schwerer als Umwege und Einschränkungen wiegt die Tatsache, dass die erzwungene Trennung lange überwunden geglaubte Ressentiments schürte. „Die Deutschen schauen nur auf sich“, war von luxemburgischer Seite zu hören. „Da ist viel kaputtgegangen“, meint ein Arbeitskollege.

Mitte Mai entschied die deutsche Regierung, dass sämtliche – auch kleinere – Übergänge entlang von Our, Mosel und Sauer wieder geöffnet werden. Als die Absperrungen weggeräumt waren, kamen auch die europäischen Prinzipien zurück. Das Schengener Abkommen wurde schrittweise wieder in Kraft gesetzt. Die ca. zwei Monate dauernde Trennung hat verdeutlicht, wie essenziell offene Grenzen für die Großregion sind. Nicht nur wegen der wechselseitigen Abhängigkeiten, sondern auch weil die Menschen sich schlicht miteinander verbunden fühlen.

Neben der Grenze zu Luxemburg war bis Mitte Juni auch die Grenze zu Belgien wochenlang geschlossen. Der Kooperationsverbund „Interreg Euregio Maas-Rhein“ (EMR) ist eine der ältesten in der



Im Austausch bleiben – trotz Krise

Europäischen Union: Bereits seit 1976 arbeiten hier drei Länder und fünf Partnerregionen eng zusammen. Das Gebiet erstreckt sich im Westen von Löwen über die Grenzen Kölns im Osten und von Eindhoven bis zu den Grenzen Luxemburgs. Über 5,5 Mio. Menschen leben in dieser grenzüberschreitenden Region.

Als eine von sieben Partner*innen des TREE Projektes (Training for integrating Refugees in the Euregio Maas-Rhein) etabliert die Arbeit und Leben Rheinland-Pfalz gGmbH hier einen Pool für Sprachmittler*innen in den Regionen Bitburg-Prüm und Vulkaneifel. Gemeinsame

Konzepte für die Fortbildung ehrenamtlicher Dolmetscher*innen werden entwickelt, Evaluationsstandards festgelegt und Erfahrungen ausgetauscht. Regelmäßig finden gemeinsame Arbeitstreffen mit den Kolleg*innen aus Belgien und den Niederlanden statt. Dank digitaler Austauschplattformen waren diese Treffen in der Zeit der pandemiebedingten Grenzschließung zwar nicht gänzlich unmöglich, aber doch ein ganzes Stück abstrakter, unpersönlicher und ja, auch anstrengender.

Beständige Kooperationen und Angebote zur Förderung des europäischen Gedankens

Ob Richtung Frankreich, Luxemburg oder Belgien – in der Corona-Pandemie spielte sich vieles als Paradox ab: es wurden Grenzen geschlossen, die praktisch kaum noch existieren. Verwandte und Freunde auf beiden Seiten, ein gemeinsamer Arbeitsmarkt und Wirtschaftsraum oder enge Kooperationen zwischen Bildungsträgern – gedacht und gehandelt wird hier schon lange paneuropäisch.

Die zahlreichen Angebote zur politischen Bildung von Arbeit und Leben fördern und unterstützen dieses friedliche und konstruktive Miteinander. Die Landesorganisationen bieten in (virtuellen) Seminaren Räume, in denen Menschen sich mit den Gegebenheiten, Auswirkungen sowie Mitgestaltungsmöglichkeiten kritisch auseinandersetzen

sowie zu ihren Sorgen und Bedürfnissen in Bezug auf die Pandemie austauschen können. Sie organisieren Begegnungen, in denen die Teilnehmenden die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Menschen vor Ort kennen lernen. Ziel ist die Vermittlung von gesellschaftlichen Zusammenhängen, ein Lernen voneinander und die Förderung von gegenseitigem Verständnis, damit der europäische Gedanke auch und besonders in schwierigen Zeiten nicht verloren geht.



Interview

Unterstützung von ausländischen Beschäftigten im deutsch-polnischen Grenzgebiet in Mecklenburg-Vorpommern

Björn Kluger von Arbeit und Leben im Interview mit Magdalena Klepp (M. K.) von der Beratungsstelle CORRECT! zur Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung



Frage: Frau Klepp, Sie arbeiten bei der Beratungsstelle zur Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung für ausländische Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern. Welche Erfahrungen haben Sie in der deutsch-polnischen Grenzregion mit Diskriminierung und Ungerechtigkeit bzw. positiven Solidaritätserfahrungen in Bezug auf Ausbildung und Arbeitswelt gemacht?

M. K.: Ich komme selbst aus Polen und bin seit dem 01.11.2019 im Beratungsprojekt beschäftigt. Zu Beginn war es nicht einfach, weil ich bisher die ganze Zeit ausschließlich in Polen gearbeitet habe und viele Gesetze und Regelungen anders sind als in Deutschland. So musste ich zunächst alles lernen, was hier in Deutschland gilt. Genau das gleiche erleben unsere Klient*innen.

Für viele polnische Arbeitnehmer*innen ist es schwer, die Sachverhalte zu begreifen. Sie haben meist keine deutschen Sprachkenntnisse und verstehen das System hier nicht so gut. Dennoch möchten sie hier arbeiten und auch leben.



Magdalena Klepp

Für mich persönlich war es einfacher, da ich seit 2017 in Deutschland lebe und hier verheiratet bin. Mein Mann hat mir sehr dabei geholfen, das deutsche Arbeitsrecht zu verstehen.

Frage: Um welche Probleme geht es in den Beratungen?

M. K.: CORRECT! ist eine Beratungsstelle für ausländische Beschäftigte, die in Mecklenburg-Vorpommern arbeiten oder leben. Wir helfen den Betroffenen ihre Rechte durchzusetzen. Wir bieten auch Unterstützung für Menschen, die Opfer von Ausbeutung sind. Wir betreuten sogar schon einen Fall mit Verdacht auf Menschenhandel und vermuten, dass es noch mehr gibt. Es ist nicht einfach, davon betroffene Menschen zu erreichen und es gibt große Hürden, dass diese Menschen zu uns kommen und sich melden. Einerseits haben sie Angst. Andererseits könnten sie Unterstützung gebrauchen, wollen diese aber nicht annehmen, weil sie befürchten abgeschoben

zu werden, da sie u. a. aus Drittstaaten kommen. Polnische Arbeitnehmer*innen können zumindest schnell nach Hause fahren und wieder zurückkommen. Manche wohnen mittlerweile auch auf der deutschen Seite des deutsch-polnischen Grenzgebietes.

Frage: Gibt es unterschiedliche Beratungsbedarfe für Arbeitskräfte in der grenznahen Region?

M. K.: Ich kann das nur aus meinen Fällen beurteilen. Oft handelt es sich um Beratungen im Hotel und Gaststättengewerbe sowie in der Fleisch- und Schlachtindustrie. Im Hotel- und Gaststättenbereich wohnen die meisten Arbeitnehmer*innen in Świnoujście und fahren jeden Tag zur Arbeit auf die Insel Usedom. Das sind dann sogenannte Grenzgänger*innen.

Frage: Gab es in der Zeit des Lockdowns besondere Nachfrage in der Beratungsstelle?

M. K.: Ja, ich habe viele Anrufe bekommen. Oft sind es auch anonyme Anrufe. Wir unterstützen dennoch und versuchen zu helfen, wo wir können. Manchmal ging es um Pendelzuschüsse oder andere Leistungen, die den Kolleg*innen zustehen. Den Pendelzuschuss gab es nur, wenn die Arbeitskräfte während dieser Zeit

in Mecklenburg-Vorpommern geblieben sind, ihren Wohnsitz in Polen hatten und während der Pandemie auch arbeiten mussten. Die jeweiligen Arbeitgeber*innen konnten dann einen Antrag an das zuständige Landesamt stellen, was oft nicht passiert ist. Die Arbeitnehmer*innen selbst konnten dies nicht tun. Vom zuständigen Landesamt wurde mitgeteilt, dass sie daher nichts machen können, wenn die Arbeitgeber*innen keinen Antrag stellen.

Darüber hinaus gab es auch den Fall, dass die Arbeitgeber*innen den Antrag gestellt, das Geld aber nicht weitergereicht, sondern zurückgezahlt hatten, da der*die betroffene Arbeitnehmer*in die Kosten nachweisen sollte. Die Unterkunft in Deutschland wurde jedoch privat organisiert, so dass nun eine Klage verhandelt wird, da die Anwesenheit gegeben war und die Arbeitsleistung erbracht wurde.

So sind wir unterschiedlich aktiv. Wir führen beispielsweise auch Gespräche mit den Landesbehörden, um mit unseren Erfahrungen zu zukünftigen Lösungen beizutragen oder Handlungsmöglichkeiten zu erfragen. Wir helfen auch durch Unterstützung bei der Übernahme von Fällen durch anwaltliche Rechtsberatungen oder durch Übergabe an Kontrollbehörden.

Frage: Es geht in den Beratungen also in erster Linie um Unter-

stützung für Arbeitnehmer*innen im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens?

M. K.: In 50 Prozent der Fälle können wir entweder bei der Geltendmachung von Rechten helfen bzw. auch mit den Arbeitgeber*innen direkt Kontakt aufnehmen, wenn die Ratsuchenden dies wollen. Dann können wir vermitteln und Konflikte lösen, z. B. mit Lohnansprüchen oder auch in Kündigungsfällen. Die Ratsuchenden sind froh, dass es diese kostenlosen und vertraulichen Dienstleistungen gibt.

Frage: Welche Unterstützung erhalten die Ratsuchenden denn seitens der deutschen Kolleg*innen? Welche Tipps geben Sie Ihren Klient*innen, damit sie Solidarität erfahren?

M. K.: Wenn der Zusammenhalt da ist und es Unterstützung gibt, kann solidarisch gehandelt werden. Das kann organisiert sein oder sich im alltäglichen Handeln im Betrieb zeigen. Für die Arbeitnehmer*innen aus dem Ausland kann ich nur sagen, dass die Menschen vorsichtig sein müssen, was sie unterschreiben und nichts mündlich abmachen, sondern alles schriftlich festhalten sollten. Wenn zum Beispiel die polnischen Kolleg*innen im An- oder Bewerbungsgespräch sehen, dass es im Vergleich zu Polen einen guten Verdienst gibt, sie dann aber vergessen,

auf die Verträge zu achten. Wenn das Versprochene nicht eingehalten wird, wissen sie später nicht, was sie machen sollen. Dazu sollten sie noch alle Fristen und alle Dinge einhalten, die vertraglich geregelt oder notwendig sind, z. B. im Krankheitsfall die Krankschreibungen an die notwendigen Stellen senden und sich im Betrieb abmelden.

Die deutschen Kolleg*innen wissen Bescheid, welche Bedingungen und Tätigkeiten sie erfüllen müssen und können den Kolleg*innen bei der Prüfung ihrer Verträge helfen. Wenn sie merken, dass Kolleg*innen etwas nicht verstehen, könnten sie unterstützen – entweder sprachlich direkt vor Ort oder auch einfach durch Tipps, wo es weitere Hilfsangebote gibt z. B. bei den Beratungsstellen, die auch muttersprachliche Leistungen anbieten.

Gemeinsam kann über den Betriebsrat oder über Gewerkschaften auch ein Missstand aufgedeckt werden, so dass an Lösungen für alle gearbeitet werden kann. Es gibt oft den Fall, dass Fachkräfte aus anderen Ländern hohe berufliche Qualifikationen haben und hier in Deutschland auf einmal nur einfachste Tätigkeiten verrichten. Auf Grund von Kündigungängsten oder Unwissen machen sie die Tätigkeiten, obwohl das manchmal nicht einmal zu ihren Aufgaben gehört. Wenn sie dann noch eine Unterkunft von den Arbeitge-

ber*innen gestellt bekommen, dann hängt alles zusammen und die Arbeitnehmer*innen fühlen noch mehr Druck. Da hilft es dann sehr, wenn deutsche Kollegr*innen zeigen, welche Rechte es gibt und was gemacht werden kann. Das ist dann solidarisches Handeln.

Frage: Wenn Sie mit Ihren Arbeits- und Lebenserfahrungen in Polen und Deutschland die Situation für ausländische Beschäftigte im Grenzgebiet betrachten, welche Tipps würden Sie zur Vorbereitung auf die Arbeit in der Grenzregion geben?

M. K.: Wenn man sich vorher genau informiert, vor allem über die Rechte als Arbeitnehmer*in, dann kann es auch insgesamt einfacher für die Menschen sein, sich zurecht zu finden und die eigenen Rechte und Pflichten wahrzunehmen. Dann treten die Menschen selbstbewusster auf, fordern auch Dinge ein. Aus Unkenntnis werden aus meiner Wahrnehmung bis jetzt ca. drei Viertel der Menschen eher benachteiligt oder sie werden ausgebeutet.

Wenn ich an die Vorbereitung denke, dann kann auch mit mehr Information geholfen werden. Zum Beispiel sollte in Polen in verschiedenen Sprachen über Ausbildung, Studium und mögliche Unterstützung in Deutschland informiert werden und umgekehrt. In Szczecin und Löcknitz gibt es etwa schon eine Beratungsstelle

des Vereins Pomerania mit allen notwendigen Tipps, Adressen von Anlaufstellen und grundlegenden Unterstützungsangeboten von Anfang an, damit Interessierte mehr über die Themen Arbeit, Wohnen und Leben in der Grenzregion erfahren können. Es gibt zum Beispiel auch eine facebook-Seite oder das Projekt EURES – dort gibt es Informationen und ausführliche Tipps sowie eine Fachkräftevermittlung.

In den öffentlichen Institutionen, im Rathaus und auch in der Gewerkschaft hier in Mecklenburg-Vorpommern würde es helfen, wenn es polnische Mitarbeiter*innen oder solche mit Sprachkenntnissen gibt, die Dinge erklären und übersetzen können. Ich würde mir wünschen, dass die Arbeitgeber*innen verstehen, dass alle Menschen auch die gleichen Rechten haben müssen wie heimische Fachkräfte. Und, dass die ausländischen Arbeitnehmer*innen sich vorher genauer informieren, bevor sie kommen. Oft werden sie angerufen, ob sie zum Arbeiten kommen können. Dann arbeiten sie und nach zwei Monaten erhalten sie beispielsweise keinen Lohn und können nicht nachweisen, dass sie doch in Deutschland gearbeitet haben. Sie haben keine Belege für die Krankenkasse, Versicherungen etc. Das bringt viele zusätzliche Probleme in den Heimatregionen. Hier braucht es mehr Aufklärung, Information und Unterstützung, wozu wir mit unserer Beratungsarbeit beitragen wollen.

Frage: Wie konkret wirkt sich Ihre Arbeit auf Auszubildende in der Region aus? Gibt es dazu Beispiele und was denken Sie, welche Unterstützung es für junge Erwachsene geben sollte bzw. was wäre auch grenzübergreifend wünschenswert?

M. K.: Das Projekt CORRECT! bietet auch für junge Fachkräfte und Auszubildende Unterstützung an. Zum Beispiel haben wir einen spanischen Auszubildenden im Kfz-Gewerbe beraten, der die Prüfung nicht geschafft hat. Der Azubi wurde von seinem Ausbilder falsch über die automatische Verlängerung der Ausbildung informiert und war so ohne Abschluss geblieben. In der Tourismusregion Vorpommern berichten uns ausländische Nachwuchskräfte von Missständen bei den Arbeitsbedingungen in der Gastronomie. Die jungen Erwachsenen trauen sich oft nicht, sich darüber bei den Betrieben zu beschweren. Wir konnten über ihre Arbeitnehmer*innenrechte aufklären und Unterstützung anbieten. Darüber hinaus sind wir auf dem Weg, eine Methode der aufsuchenden Hilfe für junge Student*innen, insbesondere aus Drittstaaten, zu entwickeln, die während ihrer Praktika oder Ferienjobs in Deutschland weitgehend rechtlos und nicht krankenversichert sind.

Auch hier gilt: Die jungen Arbeitnehmer*innen / Auszubildenden aus Deutschland können ihren Kolleg*innen aus dem Ausland helfen, sei

es durch Unterstützung im Betrieb bei Problemen, durch konkrete Informationen oder einfache Übersetzungen. Wenn Missstände in einem Betrieb auftreten, sollten die Arbeitnehmer*innen und Azubis solidarisch agieren. Bei internationalen Belegschaften könnten Begegnungen innerhalb und außerhalb des Betriebes oder gegenseitige, auch grenzüberschreitende Betriebsbesuche helfen, ein besseres Verständnis zu entwickeln. So sind Perspektivwechsel möglich, die über das Thema Arbeit Gemeinsamkeiten und Unterschiede entdecken lassen.

Vielen Dank für den spannenden Einblick in die Beratungsarbeit!

Autor*innenverzeichnis

Björn Kluger ist Jugendbildungsreferent bei Arbeit und Leben Mecklenburg-Vorpommern.

Christoph Feick ist Jugendbildungsreferent bei Arbeit und Leben Rheinland-Pfalz.

Educat ist ein Kollektiv von Bildungsreferent*innen mit Sitz in Berlin, die diversitätswusste und machtkritische Bildungsformate anbieten. Weitere Informationen gibt es unter www.educat-kollektiv.org.

Inga Steengrafe ist Jugendbildungsreferentin bei Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg.

Magdalena Klepp arbeitete 2006 bis 2017 am Oberlandesgericht Szczecin und lebt seit 2017 in Deutschland. Seit November 2019 ist sie Mitarbeiterin beim Projekt CORRECT! von Arbeit und Leben Mecklenburg-Vorpommern.

Prof. Dr. Matthias Pfüller war als Hochschullehrer an der FH Mittweida und als Mitarbeiter beim Verein Treibhaus in Döbeln in der Jugend- und Erwachsenenbildung tätig. Seit 1995 ist er für

den Verein Politische Memoriale Mecklenburg-Vorpommern e. V. in Schwerin und seit 1999 für Arbeit und Leben Mecklenburg-Vorpommern sowie die Heimvolkshochschule Lubmin als politischer Bildner für Seminare zur Jugend- und Erwachsenenbildung (regionale Geschichte und Entwicklung) engagiert. Seit 1995 ist er zudem Mitglied der Kommission Erwachsenenbildung im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten.

Impressum

Herausgeber:

Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e. V.
Robertstr. 5a · 42107 Wuppertal

0202 97404 - 0

bildung@arbeitundleben.de

www.arbeitundleben.de

www.politische-jugendbildung.blog

Verantwortlich für den Inhalt:

Barbara Menke

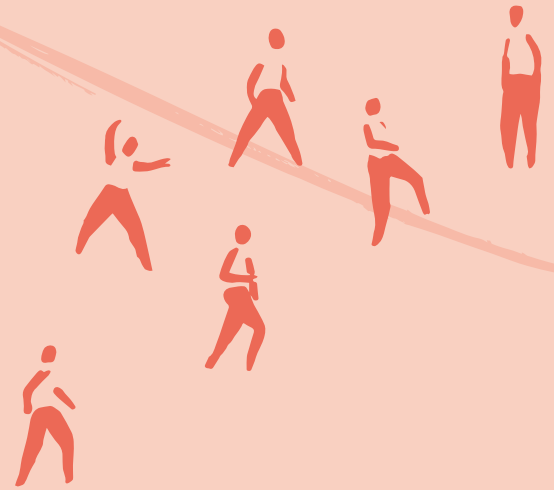
Redaktion:

Björn Kluger, Christoph Feick, Inga Steengrafe, Konstantin Dittrich

Layout:

Karsten Meier

Wuppertal, Februar 2021



**Bundesarbeitskreis
Arbeit und Leben e. V.**

Robertstraße 5a
42107 Wuppertal

0202 97404 - 0

bildung@arbeitundleben.de

www.arbeitundleben.de

www.politische-jugendbildung.blog



Förderung

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend